

Irrtümer, Schnapsideen und andere Altlasten

In der Ökonomie geistern noch viele Konzepte umher, die man getrost vergessen kann. Eine Auflistung **VON BRUNO S. FREY UND DAVID ISELIN**

FORUM Die Wissenschaft, so lautet ein Max Planck zugeschriebenes Bonmot, schreitet mit einer Berdigung nach der anderen voran. Der Physiknobelpreisträger meinte damit, dass sich neue Ideen erst durchsetzen, wenn die Verfechter überholter Ideen sterben – die Beerdigung ist eine Befreiung.

In den Wirtschaftswissenschaften wurden in den vergangenen Jahren viele Ideen beerdigt, die zuvor als sakrosankt gegolten hatten. Insbesondere nach der Finanzkrise in den Jahren 2008 und 2009 haben die Ökonomen ihr Theoriegebäude infrage gestellt und entrümpelt. Die Krise hat klargemacht, dass viele wirtschaftliche Zusammenhänge nicht geklärt und viele Vorstellungen überholt sind. Dazu gehört die Annahme, dass Märkte stets effizient sind – eine wichtige Hypothese vieler ökonomischer Modelle, die zunehmend angezweifelt wird.

Paradoxiere wird die Ökonomie noch heute in der Öffentlichkeit häufig für wissenschaftlich bereits entsorgt geglaubte Ideen angegriffen. Das dürfte auch daran liegen, dass neue Erkenntnisse nur langsam ins Alltagsbewusstsein durchsickern. Und es trägt dazu bei, dass noch viele Altlasten in der Ökonomie übrig geblieben sind – trotz der Entrümpelungsaktion nach der Finanzkrise.

So geht zum Beispiel die ökonomische Theorie noch – völlig selbstverständlich – davon aus, dass Individuen mehr und besser arbeiten, je mehr Lohn sie erhalten. Das setzt allerdings voraus, dass Menschen ausschließlich extrinsisch motiviert sind. Die intrinsische Motivation wird dabei völlig vergessen, auch wenn sie beispielsweise bei vielen sozialen Tätigkeiten oder bei einer Arbeit im Umweltbereich extrem wichtig ist: Menschen arbeiten nicht um des Geldes willen mehr, sondern weil ihre Arbeit sie zufrieden macht und sie überzeugt sind, das Richtige zu tun. Wer solche Zusammenhänge ausklammert, läuft Gefahr, die intrinsische Motivation der Arbeitnehmer durch extrinsische Anreize zu verdrängen – etwa durch einen leistungsbezogenen Lohn. Dieser Verdrängungseffekt ist gefährlich: Er kann bewirken, dass Menschen ihre Leistungsbereitschaft sogar redu-

zieren, wenn man ihnen mehr Geld bietet – ganz anders als von vielen Ökonomen postuliert.

Ebenfalls eine Schnapsidee ist die Vorstellung, dass es ökonomisch sinnvoll ist, wenn jeder Mensch in seinem eigenen Haus wohnt, weswegen der Staat Wohneigentum steuerlich fördern sollte. Denn Hausbesitz kann, und das wurde lange vernachlässigt, die Mobilität auf dem Arbeitsmarkt einschränken und somit letztlich die Arbeitslosigkeit erhöhen. Zudem ziehen die Steuervergünstigungen Kapital aus produktiveren Wirtschaftsbereichen ab. Und der Hausbesitz führt auch noch zu längeren, unproduktiven Pendlerstrecken. Noch schwerer aber fällt ein anderer großer Irrtum ins Gewicht: Viele Politiker und Wirtschaftswissenschaftler glauben, dass es den Menschen eines Landes umso besser geht, je mehr Waren und Dienstleistungen das Land produziert. Sie sind überzeugt, dass ein höheres Bruttoinlandsprodukt (BIP) auch zufriedener macht – und unternehmen deswegen alles, damit es stärker wächst. So auch US-Präsident Donald Trump, der behauptet, die Wirtschaft werde während seiner Amtszeit Jahr für Jahr mit Raten von drei Prozent wachsen – mehr als in jedem der vergangenen zehn Jahre.

Allerdings zeigt der langfristige Trend für verschiedene Länder, dass ein gestiegenes BIP über einen langen Zeitraum keineswegs bedeutet, dass die Menschen zufriedener sind. Ein Beispiel dafür ist der extreme Entwicklungssprung der chinesischen Volkswirtschaft. Im Zeitraum von 20 Jahren, zwischen 1990 und 2010, hat sich das BIP pro Kopf in China vervierfacht. Doch laut Umfragen stagnierte das Glücksgefühl der Chinesen. Das zeigt: Wenn die Wirtschaft wächst, wächst die Zufriedenheit nicht unbedingt; es ist deswegen wichtig, auch andere Glücksfaktoren zu berücksichtigen.

»Nichts ist so mächtig wie eine Idee, deren Zeit gekommen ist« lautet ein anderer berühmter Satz, er wird Victor Hugo zugesprochen. Aber das reicht eben meistens nicht, wie John Maynard Keynes bemerkte, denn die »Schwierigkeit liegt [meistens] nicht in den neuen Ideen, sondern darin, von den alten wegzukommen.«



Bruno S. Frey, Gastprofessor an der Universität Basel, und **David Iselin,** Forscher an der ETH Zürich, sind Herausgeber des Buches »Economic Ideas You Should Forget« (Springer 2017)



STANDPUNKT Die Mittelmeerinsel Malta ist das kleinste Land in der EU. Gerade mal 450 000 Menschen leben hier, das sind weniger als in Duisburg. Als Markt ist Malta für Unternehmen deshalb quasi bedeutungslos. Trotzdem findet man auf der Insel erstaunlich viele Tochterfirmen deutscher Konzerne, etwa des Chemieriesen BASF oder der Autovermietung Sixt. Der Grund dafür dürfte sein, das Malta eine Steueroase ist. Wer seine Gewinne hierhin verlagert, profitiert von Billigsteuersätzen unter zehn Prozent.

Seit Anfang des Jahres ist Malta aber auch so etwas wie der Klassensprecher Europas. Das Land hat die EU-Ratspräsidentschaft übernommen. Von Anfang an lautete die spannende Frage: Was bedeutet das für den Kampf der EU gegen Steueroasen?

Am vergangenen Wochenende, beim Treffen der EU-Finanzminister, legte die maltesische Ratspräsidentschaft nun ein Arbeitspapier vor. Tenor: Man solle es mit dem Kampf gegen die Steuertricks der Unternehmen nicht übertreiben. Vor allem dürfe man nicht zu schnell vorgehen. Malta empfiehlt: einen Gang runterschalten.

Als Bremser wollte der maltesische Finanzminister Edward Scicluna dennoch nicht dastehen. Nein, darum gehe es doch gar nicht, belehrte er seine Kritiker. Er wolle doch nur, dass Unternehmen verlässlich planen könnten und sich nicht ständig mit neuen Steuergesetzen herumschlagen müssten. Ansonsten nämlich, und jetzt kommt die große Keule, sei die Wettbewerbsfähigkeit der gesamten EU gefährdet. Die Steueroase Malta sorgt sich also plötzlich um das Gemeinwohl. So klingt es zumindest bei Scicluna.

Das ist natürlich Unfug. Aber es zeigt, mit welcher perfiden Mitteln Steueroasen um ihre Privilegien kämpfen, auch innerhalb der EU. Offiziell haben sich Länder wie Malta zwar dem Kampf gegen die Steuertricks der Konzerne angeschlossen. Tatsächlich aber versuchen sie echte Veränderungen auszubremsen, und das möglichst geräuschlos. So, dass die meisten Menschen es gar nicht bemerken.

Die Rolle der Öffentlichkeit nämlich ist kaum zu überschätzen. Steueroasen gibt es schon lange. Doch erst seitdem Whistleblower große Datenpakete an Journalisten weitergegeben und damit

Ein Zwerg führt die EU an der Nase herum

Malta ist eine Steueroase. Nun nutzt der winzige Staat die EU-Ratspräsidentschaft für seine eigenen Zwecke **VON FELIX ROHRBECK**



Paradies für Steuervermeider: Valletta, die Hauptstadt von Malta

das Ausmaß der Geschäfte auf Kosten der Steuerzahler publik gemacht haben, ist der Druck auf die Politik so groß, dass sie handelt. Die Offshore-Leaks (2013), Luxemburg-Leaks (2014), Swiss-Leaks (2015) und die Panama Papers (2016) haben ein Klima geschaffen, in dem Steueroasen nicht mehr toleriert werden können. Das ist gut so. Und es ist kein Zufall, dass die OECD ihre beiden größten Abkommen für mehr Steuergerechtigkeit in diesen Jahren durchsetzen konnte.

Gegen eines davon, das die Steuervermeidung der Konzerne bekämpfen soll, richtet sich der

Vorschlag Maltas, die EU solle die OECD-Vorgaben doch etwas gemächlicher als bisher umsetzen. Der Angriff hat ein gutes Timing: Etwas mehr als ein Jahr nach den Panama Papers ist das öffentliche Interesse an dem Thema deutlich abgeklungen. Die Steueroasen wittern ihre Chance.

Unterstützung bekam Malta von einer weiteren Steueroase: Luxemburg. Kein Wunder. Im Vorschlag steht nämlich auch, dass die Planungssicherheit für Unternehmen, die dem maltesischen Finanzminister angeblich so wichtig ist, durch verbindliche Steuervorbescheide gewährt werden könne. Zur Erinnerung: Es waren genau jene verbindlichen Steuervorbescheide, mit deren Hilfe Konzerne in Luxemburg jahrelang so gut wie keine Steuern zahlen mussten, darunter Google, Apple und Ikea. Sie bekamen von den luxemburgischen Behörden vorab zugesichert, dass ein bestimmtes Steuermodell zu einem äußerst niedrigen Steuersatz führen werde. Mit den Deals sparten die Konzerne Milliarden.

Das OECD-Abkommen zur Vermeidung solcher Praktiken kann gar nicht schnell genug umgesetzt werden. Die Behauptung des maltesischen Finanzministers, Unternehmen könnten sonst wegen nicht verlässlich planen, ist ein Scheinargument. Es lässt sich schließlich nachlesen, worauf sich die Staaten da geeinigt haben. Verwirrend wäre es eher, wenn die EU, die bei der Umsetzung bislang eine Vorreiterrolle eingenommen hat, plötzlich doch noch einknicken würde.

Um ihre Interessen zu schützen, führen Malta, Luxemburg & Co. alle möglichen Argumente an: Dass die Briten nach dem Brexit zu einer Steueroase werden könnten – und man quasi mit eigenen Steueroasen dagegenhalten müsse. Dass Donald Trump in den USA eine große Reform des Steuersystems plane – und man erst mal abwarten solle, was dabei herauskomme. Die steuersaugenden Zwerg versuchen, die komplizierte Weltlage für sich auszunutzen. Zumindest Malta hat offenbar auch keine Skrupel, eine EU-Ratspräsidentschaft dafür zu missbrauchen.

Der Fall Malta zeigt, dass innerhalb der EU ein Machtkampf tobt: zwischen jenen Staaten, die mehr Steuergerechtigkeit wollen, und jenen, die als Komplizen der Konzerne reich geworden sind. Letztere gehören an den öffentlichen Pranger. Nicht nur aus moralischen Gründen. Sondern auch, weil Empörung etwas bewirkt. Warum also nicht einfach mal fordern, dass Steueroasen künftig von der Ratspräsidentschaft ausgeschlossen werden? Verdient hätten sie es.